

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21
"Tagblatthaus".
Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7465.

Wöchentlich



12 Ausgaben.

Preis:

"Tagblatthaus" Nr. 6230-52.
Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7465.

Bezugs-Preis: M. 2,50 monatlich, M. 11,40 vierteljährlich, durch den Verlag Langgasse 21, ohne Transportlohn. —
Bezugs-Verhältnisse nehmen ausserdem entgegen: in Wiesbaden die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Wiesloch: die dortigen Ausgabestellen u. in den benachbarten Landorten u. im Rheingebiet die betreffenden Tagblatt-Läger u. die Post. — In allen höheren Gerichten, Kreisverwaltungen oder Gerichten haben die Empfänger keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.

Anzeigen-Preis für die Zeilen: M. 1,20 für stehende Anzeigen; M. 1,80 für ausserordentliche Anzeigen; M. 3,00 für farbige Anzeigen; M. 7,00 für ausserordentliche farbige Anzeigen. — Bei wiederholter Aufnahme unregelmässiger Anzeigen entsprechende Nachschüsse. — Anzeigen-Ausschluss: Für beide Ausgaben bis 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgedruckten Tagen und Wochentagen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin NW. 40, Fürst Bismarckstrasse 2. Fernsprecher: Amt Hanja 1371-1373.

Freitag, 25. Juni 1920.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 291. + 68. Jahrgang.

Die neue Regierung.

Voraussetzungen Zusammenfassung des Ministeriums.

Br. Berlin, 24. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der Aussenrat des Reichstags trat heute vormittags um 11 Uhr zusammen. Er entschied sich, die für heute anberaumte Sitzung abzubrechen. Am morgen wird eine Sitzung stattfinden. Mit der weiteren sich ergebenden Situation wird der Aussenrat sich in einer zweiten Sitzung befassen. Die unmittelbar nach der Plenarsitzung stattfinden soll. Man nimmt jetzt ganz allgemein an, dass die Sozialdemokratie in gewissem Sinne einlenken wird, dass die Lösung somit gefunden ist und dass auf der Grundlage der Dreierkoalition das neue Ministerium nunmehr bald gebildet sein wird. Nach einer Mitteilung der B. Z. wird sich das neue Kabinett folgendermaßen zusammenstellen: Reichsminister: Heubach (Zentr.); Vertreter des Reichsanwalters und Reichsanwalts: Dr. Heine (D. Vot.); Reichsminister des Innern: Dr. Koch (D. Vot.); Reichsminister des Auswärtigen: Simon (D. Vot.); Reichsfinanzminister: Dr. Wirth (Zentr. Partei); Reichsjustizminister: Raumer (D. Vot.); Reichswehrminister: Gehler; Reichsverkehrsminister: Gröner (parteilos, den Demokraten nahestehend); Reichswirtschaftsminister: Scholz. Das Wiederaufbauministerium wird voraussichtlich nicht besetzt. Reichspostminister: Giesberts; Reichsarbeitsminister: noch unbestimmt. Dr. Scholz, der Oberbürgermeister von Charlottenburg, ist bekanntlich ein geborener Wiesbadener und war früher Beigeordneter und Stadtkämmerer in Wiesbaden. Er ist Mitglied der Deutschen Volkspartei.

Die Führer der Deutschen Volkspartei hatten gestern abend wiederum eine besonders eingehende Besprechung mit dem Reichsanwalt Heubach. Dabei wurde abermals die Frage des Zusammenarbeitens der verschiedenen an der Wirtschaft interessierten Reichsämter erörtert. Es dürfte ein Weg gefunden sein, der zum Ziele führt, ohne dass die ursprünglich für notwendig gehaltene formelle Umgruppierung im Kabinett notwendig ist.

Der Reichstag.

Br. Berlin, 24. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Bei vollbesetzter Tribüne begann die erste Plenarsitzung des neuen Reichstags heute pünktlich um 3 1/2 Uhr. Die neuen Reichstagsmitglieder erschienen vollständig zur Stelle; der Saal war bis zum Schluss fast ausverkauft. Eine Fülle neuer Gesichter ist zu sehen; eine ganze Anzahl der Abgeordneten hat noch keinen Sitz und muss sich mit Stehplätzen an den Wänden begnügen. Die Regierungsbank ist leer; der neue Reichsanwalt ist nicht anwesend. Später stellt sich Dr. Koch ein. Der Alterspräsident, Herr Schneidermeier, liest, ein Reichstagsmitglied aus Braunschweig, übernimmt kraft seiner 72 Jahre die Leitung dieser ersten Sitzung. Er wählte sich ein provisorisches Bureau und dann begann der Namensaufruf. Damit dürfte die Aufgabe der heutigen Sitzung erledigt sein. Herr Erzberger ist — wie sich aus dem Namensaufruf ergibt — nicht erschienen, dafür hat auf den Rechten der Rechten sein Neffe, Reichstagsmitglied, Platz genommen.

Über die Belassung der Krise wird noch immer verhandelt. Die Sozialdemokraten sind, wie schon mitgeteilt wurde, zum Einlenken bereit, wollen aber nur gegen das von den Unabhängigen beantragte Misstrauensvotum stimmen. Das halten die Demokraten nicht für ausreichend. Ebenso, wie sie sich mit der Zustimmung zu der auswärtigen Politik der Regierung nicht begnügen können. Aber nach wie vor nimmt man an, dass die Schwierigkeiten bald zu lösen sein werden.

Beschlüsse der Vorkonferenz.

mz. Paris, 24. Juni. (Havas.) Die Vorkonferenz hat einen Vorschlag in Erwägung, der dahin geht, die Volksabstimmung im Elsaß-Gebiet durch ein Schiedsgericht zu erledigen. Die Konferenz hat beschlossen, dass die Deutschen die Arbeitskräfte für die Beseitigung des Luftschiffmaterials selbst zu stellen haben. Sie hat ferner beschlossen, dass die Deutschen verantwortlich gemacht werden für die Zerstörung der Zeppeleinrichtungen, die außerhalb der Kontrolle der Alliierten bewahrt werden würden. Den neutralen Ländern soll von den verbleibenden Verträgen offiziell Mitteilung gemacht werden. — Rechte Sitzung Freitagvormittag.

Entente-Noten, betr. die Verminderung der Seereskräfte.

Br. Berlin, 24. Juni. (Eig. Drahtber.) Bei der heutigen Regierung sind zwei Noten, eine vom Präsidenten der Friedenskonferenz und eine vom Obersten Rat, eingetroffen. Die letztere stellt eine Ergänzung der Note des Präsidenten der Friedenskonferenz dar. Die Forderungen der Note betreffen sich im großen und ganzen mit den in der letzten Zeit von der französischen Presse in der Frage der deutschen Seereschiffe veröffentlichten Mitteilungen. Es wird grundsätzlich eine Verminderung der Seereschiffe auf 100 000 Mann gefordert. Dagegen werden lokale, organisierte Volkstruppen ausgestellt.

Die Forderungen der englischen Arbeiterpartei.

Dr. Amsterdam, 24. Juni. (Drahtbericht.) Die Jahresversammlung der englischen Arbeiterpartei in Scarborough nahm eine Entscheidung an, die besagt, die Friedensbedingungen hängen mit den Kriegsschiffen in Widerspruch. Ferner wird in der Entscheidung die Anerkennung der gegenwärtigen russischen Regierung, die Wiederherstellung der Handelsbeziehungen mit Russland und das Unterlassen jeder Hilfe in der antibolschewistischen Sache gefordert. Der weisse Schrecken in Ungarn wird scharf verurteilt und erklärt, dass die wirtschaftliche Wiederherstellung Mitteleuropas für den Frieden und die Ruhe der Welt notwendig sei. Endlich wird beschlossen, Lord George zu erlauben, die Abordnung der Parteileitung und des politischen Ausschusses der Gewerkschaften zu empfangen, um die eben erwähnten Punkte zu besprechen.

Ein Aufruf des Völkerverbundes.

W. T. B. London, 24. Juni. (Drahtbericht. Havas.) Der Völkerverbund fordert in einem Aufruf alle Länder der Welt auf, Geldmittel zur Bekämpfung der Typhusgefahr in Polen und den Nachbarländern zur Verfügung zu stellen. Die britische Regierung bewilligte sofort einen Betrag von 50 000 Pfund Sterling unter der Bedingung, dass alle anderen Länder einen ebenso hohen Betrag aufbringen würden.

Die Entscheidung über die Monchauer Bahn.

Dr. Köln, 23. Juni. Nach einem Aachener Telegramm der „Köln. Ztg.“ steht die Entscheidung der Reichskammer der Eisenbahnen in der Frage der Monchauer Bahn dahin, dass sie den von dem belgischen Vorkonferenzgemachten Vorschlägen über Zugstände für die Abfuhr der Bahnlinie Aachen-Kalsterberg und für den westlich der Bahnlinie gelegenen Teil des Kreises Monchau grundsätzlich zustimmt. Die Prüfung der Einzelheiten wird der Grenzkommission überlassen. Die Zugstände für die Einwohner des Kreises Monchau hinsichtlich des Verlebens- und Warentransportes nach Aachen, ihre Waren werden durch den Eupener Bezirk ohne Zollformalitäten befördert. Deutschland erhält denjenigen Teil des Eupener Distrikts, in dem die Niederlassungsgebiete der Aachener Wasserwerke liegen. Das Dorf Sölich bleibt als deutsche Enklave bestehen, die sich jedoch nur auf die Einwohner beschränkt und nicht Gemeindeglieder einschließt, die in dem abzutretenden Teil des Kreises Monchau liegen. Die Eisenbahn und die dazu gehörigen Gebäude sowie das von ihr durchfahrene Gebiet der deutschen Enklave bleiben deutsches Eigentum.

Die Handelsfrage vor dem Völkerverbund.

mz. London, 24. Juni. Kenter erklärt, dass die britische Regierung den Völkerverbund gebeten hat, sich mit der Frage der Oberhoheit über die Handelslinien zu befassen, da der Oberste Rat sich nicht damit beschäftigen könne. Der Völkerverbund wird in Kürze zusammenzutreten, um über diese Frage zu verhandeln.

Keine Fristverlängerung für die Türkei.

mz. Paris, 24. Juni. Das Sekretariat der Friedenskonferenz hat dem türkischen Großvezir eine Note ausgestellt, in der ihm eröffnet wird, dass die der Türkei zugesandene Frist zur Einreichung ihrer Bemerkungen zum Friedensvertrag am 26. Juni abläuft und dass keine Fristverlängerung ausgestellt werde.

Russland und Deutschland.

mz. Berlin, 24. Juni. Der Vertreter der Reichszentralstelle für Krieges- und Zivilschaden, Siller, ist in Moskau eingetroffen und hat seine Amtsgeschäfte übernommen. Er hatte mit dem Volkskommissar des Äußeren Fischler eine längere Unterredung. Bei dieser Gelegenheit stellte der Volkskommissar mit allem Nachdruck fest, dass alle Gerüchte, die über feindliche Absichten Russlands Deutschland gegenüber im Zusammenhang mit dem russisch-polnischen Krieg in der deutschen Öffentlichkeit aufgetrieben seien, jeder, aber auch jeder Grundlage entbehren. Russland betrachte keinen Krieg gegen Polen als einen ihm aufzunehmenden reinen Verteidigungskampf, der in keiner Weise die Grundlage der russischen auswärtigen Politik beeinflussen könne. Diese Politik sei eine Politik des Friedens mit allen Völkern der Erde. Die Absichten Russlands Deutschland gegenüber seien durch das Bestehen eines und allein diktiert, mit dem deutschen Volke baldmöglichst in nähere wirtschaftliche, politische und kulturelle Beziehungen zu treten.

Preussische Landesversammlung.

mz. Berlin, 23. Juni. Die Sitzung wird um 2 Uhr eröffnet. Der Abg. Dr. Rosenfeld (U. S.) hat wegen seiner Wahl in den Reichstag sein Mandat niedergelegt. — Zum Gedächtnis des verstorbenen Abg. Dr. Friedberg, der dem preussischen Parlament 34 Jahre angehört hatte, erheben sich die Mitglieder von den Sitzen.

Ein Antrag Adolf Hoffmann (U. S.) auf Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. Kilian (U. S.) und auf Haftentlassung geht an den Geschäftsausschuss. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs zur Aufhebung der Standesvorrechte des Adels und zur Aufhebung der Hausvermögen. Danach sollen u. a. aufgehoben werden: Das Recht eigener Gerichtsbarkeit, das Recht auf die Bezeichnung „Königliche Hoheit“, „Durchlaucht“ usw. Ferner ist das in Preußen befindliche Hausvermögen von den beteiligten Familien bis zu einem bestimmten Zeitpunkt aufzulösen.

Abg. Meerholz (U. S.) wendet sich dagegen, dass die Rechtsverhältnisse der Patrone, der Kirchen und Schulen an diesem Eigentum erst durch besondere Gesetze geregelt werden sollen. Man sollte gleich jetzt an die Arbeit tun. Die Vorlage wird in zweiter und dritter Lesung und anschließend in der Gesamtabstimmung gegen einen Teil der Rechten angenommen.

Es folgt die erste Beratung der Novelle zum Gesetz über die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst. Die Berufung in die Stellen der Abteilungsdirigenten und der dem Oberpräsidenten und dem Regierungspräsidenten zugeordneten Verwaltungsbeamten wird mit einigen Einschränkungen von der Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst abhängig gemacht.

Nach längerer Aussprache werden noch weitere Ergänzungen des Gesetzes angeregt und der Entwurf an einen Ausschuss verwiesen. — Die Vorlagen zur Aufhebung des Mittels aus dem Ausbau von Wasserkräften des Rheins und der oberen Quellengebiete der Weser gehen an den Haushaltsausschuss.

Nächste Sitzung morgen Donnerstag, 2 1/2 Uhr: Rotenhaus.

Die Berliner Gemeindewahlen.

Die Gemeindewahlen von Groß-Berlin sind von Wichtigkeit weit über den Bereich der deutschen Hauptstadt hinaus. Hier ist ein Gemeinwesen, das mit seinen beinahe vier Millionen Einwohnern gleich hinter Bayern und Sachsen kommt. Hat Berlin auch keine eigentlich staatliche Funktionen, so bedeutet es als Verwaltungsmassstab auch politisch einen Machtfaktor ersten Ranges, und da die höchsten Reichsbehörden hier ihren Sitz haben, so wird es immer von erheblicher Wichtigkeit sein, welches die Grundströmungen in der größten deutschen Stadt sind. Das Ergebnis der Gemeindewahlen ist, auf die letzten Resultate hin angesehen, dieses: Innerhalb der bürgerlichen Parteien haben die Demokraten ebenso Einbußen erlitten wie bei den Reichstagswahlen vor 14 Tagen, und von dieser rückläufigen Bewegung zieht hauptsächlich die Deutsche Volkspartei den Vorteil. Die Deutschnationalen scheinen sogar eher etwas verloren als gewonnen zu haben; man muss sich unbestimmt ausdrücken, weil viele Wahlsiffern ja noch fehlen. Immerhin lässt sich bereits feststellen, dass die beiden sozialdemokratischen Fraktionen eine zwar nicht große, jedoch bei der scharfen Grenzlinie zwischen ihnen und den bürgerlichen Parteien höhere Mehrheit im Stadtparlament haben werden. Innerhalb dieser gemeinsamen Mehrheit aber werden wieder die Unabhängigen über die Mehrheit verfügen, obwohl ihre Stimmenszahl gar nicht unbedeutend zurückgegangen ist, und zwar erheblich darum, weil viele Anhänger des radikalen Sozialismus die Belassung der Unabhängigen, in das Reichskabinett einzutreten, als tabu wertige Selbstkasteiung verurteilten. Gleichwohl dürften, wie gesagt, die Unabhängigen vorantreten, und daraus erwächst ihnen die Pflicht zur politischen Arbeit. Es muss jetzt in Groß-Berlin gezeigt werden, was der Sozialismus leisten kann und leisten will. Da sich die Reichstagssozialisten schon bereit erklärt haben, gemeinsam mit den Unabhängigen zu gehen, können sich diese auch nicht, wie es im Reichstag geschieht, abseits stellen. Demnach wird nunmehr die ungewöhnliche Möglichkeit gegeben sein, sozialistische Politik großen Stils in einem der ersten Gemeinwesen der Welt zu treiben. Diese Entwicklung wird indessen in bürgerlichen Kreisen ohne Besorgnis erwartet, einmal, weil die bürgerlichen Fraktionen immer noch stark genug sein werden, um eine Verwässerung durch extreme Bestrebungen zu verhindern, sodann und namentlich, weil die Verantwortung, die auf den sozialistischen Parteien ruht, diese zur Sachlichkeit und Besonnenheit wird erziehen müssen, auch den unerheblichen Unabhängigen. Mit Gefahren wird um so weniger gerechnet, je weniger der Erfolg der Sozialdemokraten imponieren kann.

Der neue württembergische Staatspräsident.

mz. Stuttgart, 23. Juni. In der heutigen Sitzung des Landtags wurde der bisherige Kultusminister Abg. Dr. Heber mit 52 von 97 Stimmen der anwesenden Abgeordneten zum Staatspräsidenten gewählt. Dieser hat die Wahl angenommen. Der frühere Landtagspräsident Dr. Kraut erhielt 27 Stimmen des Bauernbundes und der Bürgerpartei. Die Unabhängigen enthielten sich der Abstimmung.

Der neue württembergische Staatspräsident vollendet nächste Tage sein 58. Lebensjahr. Von 1888 bis 1910 gehörte er als Führer der ehemaligen nationalliberalen Partei Württembergs dem Reichstag an. Besondere Verdienste hat er sich um das Zustandekommen des Vereinsgesetzes und zahlreicher anderer gesetzgeberischer Arbeiten erworben. Dem württembergischen Landtag gehörte er seit 20 Jahren an als Abgeordneter seines Heimatbezirks Weilsheim. Um das Volksschulwesen in Württemberg hat er sich große und dauernde Verdienste erworben. Anfangs November 1918 wurde er nach dem Sturz der kaiserlichen Monarchie als Kultusminister berufen. Dieses Amt übernahm er nach dem Eintritt des Ministers Seemann in das Ministerium des Innern. Während seiner Amtszeit öffentlicher Tätigkeit war Dr. v. Heber stets auf eine Milderung der Gegensätze im Parlament und parteipolitischen Leben bedacht, ungeachtet der entschiedenen aber immer sachlichen und vornehmen Vertretung seiner Überzeugung.

Demokratischer Parteiausschuss.

D. P. K. Berlin, 23. Juni.

Der Parteiausschuss der Deutschen demokratischen Partei — nächst dem Parteitag die oberste Instanz — war unmittelbar nach den Wahlen zur Beratung von Organisations- und Pressefragen für den 2. bis 4. Juli nach Berlin einberufen worden. Er ist aber auf telegraphische Einladung des Parteivorstandes mit Rücksicht auf die Vorgänge bei der Bildung einer neuen Regierung schon am 22. Juni im Reichstag zusammengetreten.

Senator Dr. Peteren eröffnete den Parteiausschuss mit einem Nachruf auf den Prinzen Schönaich-Carolath und den demokratischen Führer Staatsminister Dr. Friedberg. Der Parteiausschuss sei einberufen worden, obgleich sich die Situation mit jedem Tage ändere. Der Vorstand habe aber den Wunsch, durch persönlichen Kontakt zwischen den Darstellern im Lande entgegenzutreten und Aufklärung zu schaffen.

Dr. Peteren erstattete sodann den Bericht über die Haltung der Deutschen demokratischen Partei in den Tagen der Kabinettsbildung. Wir hatten eine Aufbaumehrheit. Aber diese Mehrheit ist durch die Wahlen des 6. Juni zerstört worden. Im Januar 1919 war der Stimmzettel, war die Demokratie Rettung vor den Dandaranen und vor Soldaten- und Arbeiterräten; am 6. Juni war der Stimmzettel Ausdruck der Verärgerung über alles das, was sich an Verdruss und Enttäuschung im Volk aufgestapelt hat. Unmöglich war das Volk zur Erkenntnis dessen gekommen, was wir durch den Krieg verloren. Doch an Stelle der wirklich Schuldigen wurde die letzte Regierung für alles verantwortlich gemacht. Die Mehrheitssozialdemokratie und die Deutsche Volkspartei haben

Wiesbadener Nachrichten.

Die neuen Titel.

Aus der „Breussischen Gefesammlungen“ (Jahrgang 1920, Nr. 23), gegenständig die meisteinsten Druckdrift, lerni wohlgeumit man außer dem Gele, betz. die Vereistellungs von Mitteln zu Dienstentlohnensverbesserungen, auch sämtliche Titel, die alten und die neuen, unterer männlichen und weiblichen Beamten kennen. Hier einige in swangloser Reihenfolge: Tomanenrentamtsdiener heißt jetzt (bittet) Sprechewärter. Die Aufseherinnen bei den Strafankalten werden für die Folge — der Einfachheit halber — Frau Strafanstaltswachmeisterin genannt, dagegen die Hausmutter Frau Strafanstaltsoberswachmeisterin.

Die Frau des Schiffsbrennenaufsehers strahlt. Man wird sie nunmehr bezeichnen: Guten Tag, Frau Schiffsbrennenaufseher! Sehr vereinfacht ist auch der Fortschritt bei der Landgarnier in „Hausmeister beim Korpskaserne der Landjäger“. Tak der Jäger bei der Staatskassenverwaltung heißt Oberzähler heißen muß, verdrängt sich bei der Überbandnahme dessen, was er zu zählen hat.

Kleine Jungenübungen für Stotterer heißen die Schiffsfahrtschreibbureauwachmeister (heißer Schiffsfahrtschreibbureauwachmeister) und der Schiffsfahrtschreibbureauwachmeister. Ernst haben die Studenten in Greifswald, Marburg und Bonn darauf zu achten, daß der Hausverwalter der Universitätskassen jetzt mit Oberhausverwalter auszuweisen ist. Sehr niedlich hören sich an: Datenspolizeibureauassistent und Feldschreibbureauassistent oder Gewerkeinspektionsassistent. Die Ludballerinnen bei den Strafanstalten dürfen oder müssen sich fürderhin Strafanstaltsballerinnen nennen. Der simple Fischmeister kann jetzt als Fischereiaufsichtsführer die Brust wölben und den Kopf höher tragen. Dagegen sind die Geheimen Kassensekretäre bei der Staatskassenverwaltung nur noch ganz gewöhnliche Kassensekretäre, nachdem sich bei dem Fischenalles nichts mehr verkehrlichen läßt. Dafür heißen aber auch bei der Lotterieverwaltung die Sekretäre nunmehr Lotterielebensekretäre.

Man bittet, nicht über die Ministerial-Kassenobersekretäre zu stolpern; leichter biegen sie sich. Kassenobersekretäre. Der Polizeileitungsstellenleiter ist in einen Polizeileitungsstellenleiter verwandelt und der gewählte Meliorationsbureauassistent in einen Kulturbureauassistent. Die Hauptlehrer an den Mittelschulen der Verhältnisse in Saarbrücken hat man in Konrektoren verdrängt. Kriminal- und Polizeikommissare sind zu Kriminal- und Polizeioberkommissaren avanciert und die Inspektoren bei der Akademie der Künste in Berlin etwas langsam zu Verwaltungsoberinspektoren. Die Kassenobersekretäre waren leichter die Direktionssekretäre bei der Landgarnier und die Justizbureauassistenten die ersten Gerichtsdirektoren beim Oberlandesgericht. Sehr mühsamlich muß das Geschäft des Vorsehers bei der Hauptbuchhalterei der Staatskassen sein; denn man hat den Titel in Direktor umgetauscht. Fernerenswert ist schließlich, daß die Amtsbezeichnungen immer einfacher und klarer werden, je höher der Rang des Beamten steigt.

Aus der letzten Sitzung des Vorstandes der Handwerkskammer. Der Kammerpräsident, Zimmermeister Carlens, ist für den Reichswirtschaftsrat in bestimmte Aussicht genommen. — Das Handwerker-Erholsheim zu Traben-Trarbach soll in Kürze wieder eröffnet werden. Die Nebenausgaben haben die beteiligten Kammer nach Maßgabe der Finanzprognose aus ihren Bezirken übernommen. — Ein Kriegsbericht der Kammer, umfassend die Zeit vom 1. August 1914 bis 31. August 1919, ist im Entwurf fertiggestellt. — Dem Landesrat für Arbeitsnachweis wurde eine Beihilfe von 1000 M. gewährt unter der Voraussetzung, daß der Kammer davon die Hälfte vom Oberpräsidenten zurückerstattet wird. — Die Geldeinstreuungen sollen in der Folge nur in den bezeichneten Formen, die Meisterprüfungen aber in geeigneten Diplom beurkundet werden.

Zur Abkündigung in Ost- und Westpreußen wird uns mitgeteilt: Nach den bisherigen Bestimmungen war der Abkündigungsdurchschnitt eine genügende Legitimation für die Durchfahrt durch den polnischen Korridor. Neuerdings verlangen die Polen außerdem einen amtlich beglaubigten Personalausweis mit Lichtbild. Die Abkündigungsberechtigten, welche für Ost- und Westpreußen nicht den Seeweg wählen, müssen sich deshalb schleunigst um einen solchen Personalausweis von der Polizeibehörde besorgen und dürfen sich dadurch nicht irreleiten lassen, daß nach dem Inhalt des Abkündigungsausweises dieser allein zur Legitimation genügt.

Ortsgruppe Wiesbaden des Nassauischen Heimatbundes. Unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung der Freunde und Freundinnen unserer nassauischen Heimat fand diese Woche die Gründung der Ortsgruppe statt. In mar-

stanten, klaren und von inniger Liebe zu unserem schönen Lande getragenen Worten lehrte Herr Pfarrer Wers die Zwecke und Ziele auseinander: Pflege der Heimatliebe, Geduld und Wiederbelebung der alt-nassauischen Traditionen mit besonderer Berücksichtigung unserer Väterstadt, Förderung angestrebter Gemeinnützigkeit. Als Mittel dazu dienen: Besprechungsabende (allmonatlich im Winter, alle 2 Monate im Sommer), Nassauer Stammtisch für Damen und Herren im Restaurant Wies (Rheinstraße), Mittwochs 6 bis 8 Uhr Besichtigung von Kunst- und Kulturstätten (Kirchen, Ruinen, Museen) unter sachkundiger Führung, ferner Nassauer Abende mit Musik, Rezitation, und Schil. Programm. Die Vorstandswahl ergab: 1. Vorsitzender Herr Pfarrer Wers; Stellvertreter Herr Rechtsanwalt Boeder; Schriftführer Herr Dr. Irar Winer; Schatzmeister Herr Buchhändler Vorik; Kassier Herr Dr. Wilmanns; Herr Ingenieur Schott, Herr Kunstmaler Frankenhof, Herr Lehrer Heuler. Beitrittserklärungen nehmen die Genannten entgegen.

Kein Metallband für Volkspale. Postamtlich wird aus Berlin mitgeteilt: Durch Umländern der Volkspale mit Metallband, das von der Geschäftswelt jetzt vielfach verwendet wird, sind Verletzungen des Postpersonals in großer Zahl vorgekommen. Auch wird die alte und schone Färbung des Adressenverkehrs durch diese Pake insofern beeinträchtigt, als das Personal sie nur zaghaft und mit Vorsicht anfaßt, um sich vor Verletzungen zu schützen. In diesem Zusammenhang wird die Postverwaltung auf die Gefahr aufmerksam gemacht, daß die Postverwaltung angeordnet, daß vom 1. Oktober ab Metallband zum Umländern der Volkspale nicht mehr verwendet werden darf.

Ausflug im Saale für Offiziere. Es ist beschlossene Sache, mit Unterstützung der Stadt Wiesbaden in der Zeit von Anfang August bis Anfang Dezember d. J. einen Ausflugsausflug im Saale für vereinsfähige bzw. kriegsbedingte Offiziere und geeignete jüngere Kaufleute abzuhalten, falls genügende Beteiligung gesichert ist. Der Unterhalt soll Panktionen, Pankführung und Pankdienst umfassen und wöchentlich mindestens an drei Abenden mit je zwei Stunden erreicht werden. Der Einheitsbeitrag wird sich ohne Pank und Pank für jeden Teilnehmer voraussichtlich auf etwa 50 M. stellen. Anmeldungen werden am liebsten an die Direktion der kaufmännischen Schulen, Dohbelmer Str. 2, erbeten.

Der Wert der Kasse. Wer noch seine Kräfte hat, vergaßte beim Kochen eines Eintopfes für mindestens 10 M. Gas in der Stunde. Und wird beim Herfischen auf dem Gasherd die Flamme nicht ganz klein gestellt, so daß dem Topf noch Dampf entströmt, oder wird gar in offenem Topf gekocht, so kann sich die durch die Kasse zu ersetzende Gasmenge auf 20 M. im Pank stellen, während bei richtiger Herfaltung des Gasherdes die Gasmenge noch um 8 bis 10 M. eingespart werden könnte. — Um es jedem Haushalt zu ermöglichen, sich in den Pank einer Kasse anzuhalten, gibt die Verwaltung für Gasverwertung (Marktstraße 16) Besondere zur Selbstherstellung sowie fertige Kassen mit zwei Panken, solange der Pank reicht, zum billigen Preise von 48 M. ab.

Kriegsheimatdienstleistungen. Wiesbaden. G. G. m. H. F. Das „Heimatsdienst“ des im Kriegsdienst befindlichen und von den Heimatsdienstleistungen. Es ist praktischer Entwurf der in Angell genommenen Panktion in im Saaleherd des Heimatsdienstleistungen (Rheinstraße 13) auf einige Tage ausgestellt. Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle.

Nach nach Amerika. Der am 3. Juli von Göttingen nach New York abgehende Dampfer „Dreißigsteins“ wird zur Selbstherstellung von Reisenden mit dem Namen nach der Vereinigten Staaten von Amerika und Durchgangspunkten benutzt; Panktion beim Pank 1 in Hamburg am 23. Juli, abends.

Kleine Notizen. Prinzessin Helga Kohn ist Solman, eine Schillerin von Bernhard Bernmann, wurde von Wia Kapellm. Berlin, engagiert.

Aus dem Vereinsleben.

Der Bund der freien Angestellten und Beamten hält am Samstagabend 8 Uhr im Vereinszimmer des Restaurants „Wies“ (Rheinstraße 63) eine Besprechung ab. Kollege W. Böhm, Mainz, spricht über den Bundesrat in Berlin.

Der Nassauische Bezirksleiterverein hält seine 1. Bezirksversammlung am Sonntag, den 26. Juni, 4 Uhr, im Saale 1 ab.

Wegen des am kommenden Sonntag stattfindenden Sternlaufs findet die für Sonntag, den 26., angelegte Nachwanderung des „Nassauischen Volksunterstützungsvereins“ (Vereinsnummer: Wandergruppe) nach dem Festzug erst am nächsten Sonntag, den 27. Juni, statt.

Der Gesangsverein „Liederkreis“ veranstaltet Sonntag, den 27. Juni, einen Ausflugszug nach Gernsbach, Gernsbach, „Kaiserhof“. Gute Unterhaltung ist bestens Sorge getragen.

Am Sonntag, den 28. Juni, findet eine Herbstwanderung des „Evangelischen Arbeitervereins“, gegründet 1906, statt. Abfahrt abends 8 Uhr Hauptbahnhof Wiesbaden, Treffpunkt 10 Uhr Hauptbahnhof. Panktionales Erscheinen ist erwünscht. Nur bei günstiger Witterung.

Aus Provinz und Nachbarschaft.

Das Defizit im Budget der Stadt Mainz.

Ht. Mainz, 23. Juni. Der städtische Haushaltsplan schließt mit einem Defizit von 33315000 Mark ab. Da die Stadt nicht in der Lage ist, dieses Defizit zu decken, so wird die Stadtverwaltung gezwungen, die Ausgaben zu kürzen.

Pironet mischte sich ein: „Machen Sie keine Tollheiten, Herford. Was Sie wieder losgelassen haben, weiß ich nicht. Aber aus dem Hause dürfen Sie jetzt nicht, dazu sind Sie noch zu schwach. Wir müssen abwarten, was der Arzt meint.“

Paul antwortete nicht. Er warf sich mit einem Rud herum und drehte allen wie ein störrischer Junge den Rücken zu.

Schwester Marfa schickte Philipp heraus, dann bat sie auch den Impresario: „Es ist besser, wenn Herr Herford eine Stunde ruht. Ich bleibe bei ihm.“

Doch Paul hatte es, so leise sie auch gesprochen, gehört. Er rief jetzt: „Herr Pironet soll hier bleiben, ich muß mit ihm sprechen. Sie können gehen, Schwester Marfa.“

Der Impresario hatte sich in einen Schaukelstuhl gesetzt und bewegte sich langsam hin und her. Er wartete, was Paul ihm sagen wollte. Ohne sich zu ihm umzuwenden, fragte dieser: „Haben Sie nichts von den Tango-Tänzern gehört? Sind sie noch hier?“

„Ja, gewiß sind sie noch hier. Oder besser gesagt: Wieder hier. Sie waren in Moskau und haben dort Vorstellungen gegeben.“

„Lange?“

„Nein, nicht lange. Vier, fünf Tage.“

„Haben Sie Dora Hagen gesehen?“

„Ja. Ehe sie nach Moskau reisten, war Madame Hagen täglich hier und hat sich nach Ihnen erkundigt.“

Paul schneelte auf: „Sie hat sich nach mir erkundigt?“

Täglich?“

„Nun ja doch, warum sollte sie nicht? Das letzte Mal war auch ihr Kavalierritter mit der Helgersdorf. Ich benutzte die Gelegenheit, ihn zu fragen, ob ich ein Gastspiel für ihn arrangieren könnte. Ich weiß doch nicht, wenn Sie wieder so weit sein werden. Bei Ihnen kann man ja nie wissen, woran man ist. Länger stillstehen möchte ich nicht.“

(Fortsetzung folgt.)

Wandlungen.

Roman von Hans Becker + (Wiesbaden).

Also so sah er aus? Wohl noch schrecklicher, als er sich selbst gefunden. Die junge Dame sagte ihm das ja ins Gesicht!

Ein Ingrim padte ihn.

„Ja, ich muß an die Luft. Ich muß auch fort von hier, ich darf Ihnen nicht länger lästig sein. Verzeihen Sie, daß ich noch hier bin, ich will gleich heute —“

Sie war tief erschrocken.

„Herr Herford — warum sagen Sie das? Sie würden Papa kränken.“

Er sah sich an die Stirn.

„Kränken? Warum soll Ihren Herrn Papa das kränken? Ich bin wieder gesund. Nun muß ich mich schon bedanken und machen, daß ich fortkomme.“

Er wußte selbst nicht, warum er so sprach. Eine sonderbare Lust war über ihn gekommen, ihr wehe zu tun.

Warum hatte man ihn hierher geschleppt, ihm eine solche Last des Dankbarseins aufgebürdet? Wenn er seiner Sinne mächtig gewesen, wäre das nicht geschehen. Jetzt sollte er hier sitzen und sich demitleiden lassen. Man legte ihm Zwang auf. Das hielt er nicht aus. Er vertrug keinen Zwang, alles in ihm empörte sich dagegen.

Dann kam ihm die Erkenntnis zurück, was er gesagt. Er richtete sich in seinem Sessel auf: „Verzeihen Sie, gnädiges Fräulein, ich bin ungezogen gewesen. Ich weiß das. Statt Ihnen von Herzen zu danken, habe ich mich wie ein — ich finde keinen Ausdruck dafür — betragen. Ich bin nun einmal so, lassen Sie mich meines Weges ziehen.“

Auch Olga war aufgestanden, mit weitgeöffneten Augen blickte sie ihn an.

War er noch krank, sprach er im Fieber?

Sie wendete sich ab und ging zur Tür. Ehe sie diese öffnete, sagte sie: „Mein Vater ist nicht zu Hause. Sobald er zurückkommt, wird er sich erlauben, Ihre Wünsche entgegenzunehmen.“

Mit gekränktem Kopf schlich sie aus dem Zimmer. Paul schlug sich vor die Stirn. Er lachte laut heraus.

„Bin ich verrückt? Wie ein mildtätiger Engel war sie mir erschienen. Und ich habe sie beschimpft, mich wie ein Wahnsinniger betragen.“

Er wollte ihr nach, sie auf den Knien um Verzeihung anflehen. Nur ein paar Schritte gelangen ihm, ein Schwindel ergriff ihn, er stürzte auf den Teppich.

So fand ihn Pironet, der einige Minuten später ins Zimmer trat. Er beugte sich über ihn, dann rief er: „Philipp, Philipp — wo steckt der Kerl?“ und als dieser aus dem Schlafzimmer kam, „Herr Herford ist ohnmächtig, helfen Sie mir, ihn aufzuheben.“

Sie betteten ihn auf dem Sofa. Auch die Pflegerin kam herein, holte kölnisches Wasser von der Toilette und benetzte Pauls Stirn.

Er kam gleich wieder zu sich, öffnete die Augen und ließ sie suchend im Zimmer umherwandern.

„Wo ist sie? Ist sie fort?“

„Meinen Sie Fräulein Olga?“ fragte die Pflegerin. Sie ist gegangen, um nach dem Arzt zu telefonieren. Sie sagte, daß Sie ein wenig Fieber hätten.“

„Ich will keinen Arzt. Rufen Sie Fräulein Olga, ich muß —“

Die Pflegerin ging. Als sie zurückkam, meldete sie: „Das gnädige Fräulein hat starke Migräne, so sagte mir ihre Jungfer. Sie dürfe sie jetzt nicht stören, sie hätte sich hingelegt.“

„Lüge, Lüge! Sie will nicht kommen. Sie wird nie mehr kommen! Ich habe — Philipp, nehmen Sie meine Sachen. Wo sind die Weigen? Ich will fort von hier, irgendwo hin, ins Hotel! Ganz gleich, nur fort —“

2. Châtelainnes.
 mit neu, preisbillig zu ver-
 kaufen. Rader, Kellerstrasse 25.
 Ein Gerüst
 mit Stiegenlaufsteg zu ver-
 kaufen. Rahl. Gnetienau-
 strasse 2. Brontia.

Hauptstadt, 5. Str. 3 St.
 Eleg. Kinderwagen.
 auch zu verl. Kurze.
 Sonnenberger Straße 56.
 Schönes Damenrad
 mit neuer Bereifung bill.
 zu verl. Herz. Albrecht, 3.
 2 St., 1-3 u. nach 6 Uhr.

Wengasse 19, 2. Stock.
 → Kriechen 3331. ←
Ein Möbel-Kollagen
 trad. u. 1 Schreinerlarr.
 u. laufen gesucht.
 Kantonator Rannenberg.
 Wagramstraße 4.

mit erhalten, zu kaufen
gejucht. Preisangebote an
Semmler u. Pande,
Bahnhofstraße 1.
Ein guterb. Schlafzim.
ohne Bett. gel. Bernstorfer
Abteistrasse 71.

Schneiderin empf. sich
in Damen- u. Kinderkleid.,
auch Knabenanzüge, ferner
Wäsche jeder Art. Off. u.
P. 881 an den Febl. 12.
Wäsche u. Hemdenfärberei
u. Ausbessern w. angen.
Berberstrasse 2. A. 1. 2.

Eingang von Bewerbungen.
Streng reell, diskret und
zuverlässig. Zu wenden an
Frau Wwe. Weyand,
Eisenbrücken,
Kassauer Straße 3, 2,
N. Rathhaus St. Johann.

Berliner Devisenkurse.

Berliner Devisenkurse.

W. T. R. Berlin, 24. Juni.		Drachiliche Ausgab. 10000 Mk.	
Holland	1333.70 G.	Mk.	1336.30 B.
Belgien	322.15 G.		322.85 B.
Norwegen	638.35 G.		640.65 B.
Dänemark	619.35 G.		620.65 B.
Schweden	814.05 G.		818.35 B.
Finnland	177.30 G.		177.70 B.
Italien	227.75 G.		228.25 B.
London	143.60 G.		143.90 B.
New-York	37.40 G.		37.50 B.
Paris	303.30 G.		303.80 B.
Schweiz	689.30 G.		690.70 B.
Spanien	649.40 G.		650.60 B.
Wien alte	00.00 G.		00.00 B.
D. Oa.	26.22 G.		26.22 B.
Prag	87.22 G.		87.22 B.
Wien neue	22.22 G.		22.22 B.
Bulgarien	00.00 G.		00.00 B.
Konstantinopel	00.00 G.		00.00 B.

Banken und Geldmarkt.

mz. Dresdner Bank. Berlin, 23. Juni. Anlässlich des 80. Geburtstages des Geh. Kommerzienrates Eugen Gutmann beschlossen Aufsichtsrat und Vorstand der Dresdner Bank, um den Namen des Gründers dauernd mit dem Institut zu verbinden, der demnächstigen Generalversammlung vorzuschlagen, aus dem Vortrag rund 2,7 Mill. Mark zur Bildung eines Eugen Gutmann-Fonds zwecks Gewährung von Unterstützungen an Anestellte der Bank oder deren Angehörige in besonderen Fällen ab-zuwenden.

Wettervoraussage für Freitag, 25. Juni 1933.
von der Meteorolog. Abteilung des Physikal. Vereins zu Frankfurt a. M.
Wolkig bis heiter, trocken, wieder wärmer, nach Südwest
drehende Winde.

Die Morgen-Ausgabe umfaßt 6 Seiten.

Hauptgeschäftsführer: D. Zellig.

Verantwortlich für den politischen Teil: H. Gauthier; für den Witten-
belangsteil: H. v. Hauendorff; für den lokalen und provinzialen Teil,
sowie Gerichtsamt und Handel: W. G.; für die Anzeigen und Nekrologie:
H. Bernau, sämtlich in Wiesbaden.

Druck u. Verlag von R. Schellenberg'schen Hofbuchdruckerei in Wiesbaden.

Gesamtheite der Schriftleitung: 12 Bde. 12 Mr.

